

Umgang externer Akteure mit der neuen Friedens- und Sicherheitsarchitektur Afrikas

Klingebiel, Stephan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute for Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klingebiel, S. (2005). Umgang externer Akteure mit der neuen Friedens- und Sicherheitsarchitektur Afrikas. *Afrika Spectrum*, 40(1), 115-124. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-106688>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Kurzbeiträge / Reports

Stephan Klingebiel

Umgang externer Akteure mit der neuen Friedens- und Sicherheitsarchitektur Afrikas

Frieden und Sicherheit sind für den afrikanischen Kontinent selbst, aber auch die internationale Gemeinschaft zu einem prioritären Thema geworden. Zwar zeichnete sich bereits in der Vergangenheit das Thema als eines der drängendsten für den Kontinent aus; es war allerdings mit Blick auf konkrete politische Ansätze und Anstrengungen von innen und außen keineswegs als eindeutige politische Priorität sichtbar. Die Ausgangsvoraussetzungen haben sich deutlich zugunsten einer höheren Wahrnehmung und eines verstärkten Handlungswillens verändert.

Die Dynamik, die von Afrika selbst ausgeht und die bei der Unterstützung von außen festzustellen ist, hat in weiten Teilen mit militärischen Fähigkeiten zu tun. Tatsächlich gab es in der Vergangenheit nur zu viele Beispiele, wo weder die afrikanischen Mechanismen (etwa die „Organisation for African Unity“) selbst, noch die internationale Staatengemeinschaft willens oder fähig waren, in extremen Notsituationen militärisch zum Schutz der Bevölkerung vorzugehen. Zudem wurden in den Fällen, wo es zu militärischen Aktionen afrikanischer oder externer Akteure kam, die Motive vielfach kritisch hinterfragt.

Die neue Friedens- und Sicherheitsarchitektur hat wesentlich mit der neuen Rolle der „African Union“ (AU) und ihren handlungsfähigeren Mechanismen zu tun. Sie wird gleichzeitig durch eine sich verändernde Politik externer Akteure begleitet. Veränderungen bei den externen Akteuren lassen sich auf drei Ebenen erkennen: Erstens spielt Afrika eine wahrnehmbarere Rolle in der neuen internationalen Sicherheitsagenda und bei der derzeitigen geostrategischen Interessenbestimmung. Zweitens lassen sich hinsichtlich afrikanischer Krisen und Konflikte zum Teil Änderungen in der Bereitschaft zum militärischen Engagement bzw. zur Entsendung von Friedensmissionen feststellen. Drittens gibt es bei konkreten politischen Handlungsoptionen eine Tendenz zu vermehrten gemeinsamen Ansätzen von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, um die afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur aufzubauen und zu unterstützen.

Afrikas neue Rolle

Afrika: Die internationale Sicherheitsagenda und geostrategische Überlegungen

Afrika spielt im Rahmen sicherheitspolitischer und geostrategischer Überlegungen externer Akteure heute eine eindeutig wahrnehmbarere Rolle als in den 1990er Jahren. Die Debatte in den USA über Afrikas neue strategische Bedeutung ist – trotz ihrer Besonderheiten – exemplarisch. So argumentiert das „Africa Policy Advisory Panel“:

First, and arguably most profound, Africa has assumed a new, strategic place in U.S. foreign policy and in the definition of vital U.S. national interests. This shift moves the United States away from the past habit of treating Africa as a humanitarian afterthought and begins to reverse a decade-long decline in the United States' presence and engagement in Africa. (Africa Policy Advisory Panel 2004: 2)

George W. Bush reiste als erster republikanischer US-Präsident nach Subsahara-Afrika (2003), nachdem zu Beginn seiner Amtszeit für eine amerikanische Afrika-Politik kaum Aufmerksamkeit vorhanden war. Ebenso spielt in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA (September 2002) Afrika vor dem Hintergrund des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus eine wichtige Rolle (Bush 2002: 18). Dabei ist die vermutete enge Verbindung zwischen fragilen Staaten einerseits und internationalen Bedrohungen andererseits wichtig. Immerhin gelten rund 1/3 aller afrikanischen Staaten als so instabil, dass eine effektive Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet (etwa in ländlichen Gebieten) und der Grenzen nicht möglich ist (vgl. Herbst / Mills 2003: 21). In der vom Rat beschlossenen Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) vom Dezember 2003 ist Afrika in ähnlicher Weise von Bedeutung. Vor dem Hintergrund neuer Bedrohungslagen, bei denen die klassischen Konzepte der Selbstverteidigung an Bedeutung erheblich verloren haben, spielt die Krisenanfälligkeit Subsahara-Afrikas eine wichtige Rolle. Die ESS weist besonders auf die Interdependenz von Problemen hin:

Die Armut im südlich der Sahara gelegenen Teil Afrikas ist heute größer als vor zehn Jahren. In vielen Fällen ist wirtschaftliches Versagen mit politischen Problemen und Gewaltkonflikten verknüpft. (Rat der EU 2003, 2)

Die britische Regierung strebt vor dem Hintergrund ihrer traditionell wichtigen Rolle in Afrika sowie ihrer G8- und EU-Präsidentschaft im Jahr 2005 an, dem Kontinent einen hohen Stellenwert für die internationale Agenda zu verschaffen. Das Thema Frieden und Sicherheit hat in diesem Rahmen eine hohe Priorität, wie sich beispielsweise an den Arbeiten der von der britischen

Regierung eingesetzten „Commission for Africa“ ablesen lässt (Commission for Africa 2004).

Für die deutsche Diskussion lässt sich ebenfalls erkennen, dass Afrika für die Gesamtpolitik der Bundesregierung eine relativ höhere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Auch für die deutsche Debatte sind neu definierte Sicherheitsanforderungen ein wesentliches Motiv. Abzulesen ist das gewachsene Afrikainteresse u.a. an hochrangigen Besuchsreisen (u.a. im Jahr 2004 durch die Bundespräsidenten Rau und Köhler, Bundeskanzler Schröder und andere Regierungsmitglieder), die nicht zuletzt den Themen Frieden und Sicherheit gewidmet waren.

Stabilität und Sicherheit haben in aktuellen Dokumenten der Bundesregierung, die sich mit Afrika befassen, einen hohen Stellenwert. Aus Sicht des Auswärtigen Amtes haben Deutschland und die anderen europäischen Staaten ein unmittelbares Interesse an der sicherheitspolitischen Stabilität in Subsahara-Afrika. Militärische und zivile Konfliktverhütung gewinnen demnach in der Kooperation mit Afrika immer mehr an Bedeutung.

Mit Blick auf die USA spielt die zunehmende Bedeutung Afrikas – vor allem West- und Zentral-Afrikas – für die Energieversorgung mit Erdöl eine wachsende Rolle. In den strategischen Überlegungen der USA wirkt sich der wachsende Anteil der Erdölabhängigkeit von der Region, die derzeit bei ca. 13–14 % an der amerikanischen Energieversorgung mit importierten Erdöl beträgt und in etwa 10 Jahren bei rund 20 % liegen wird, auf das geostrategische Gewicht der Region erheblich aus. (vgl. Goldwyn / Ebel 2004; Keenan 2004: 478 f.)

Militärinterventionen und Friedensmissionen

Militärische Aktionen externer Akteure wurden in Afrika bereits vielfach durchgeführt. Allerdings rückt Afrika in jüngster Vergangenheit stärker in das internationale Blickfeld. Einige Einsätze, die (zeitweilig) dazu beitragen konnten, eine Machtbalance (etwa in Sierra Leone oder der Côte d’Ivoire) zu verschieben bzw. eine Situation zu stabilisieren, machen den Einfluss deutlich, den gerade externe Akteure im Einzelfall haben können (vgl. Bayart 2004, 456).¹

- Für die „Peacekeeping“-Operationen der Vereinten Nationen steht zunehmend der afrikanische Kontinent im Vordergrund. Von den am 01.11.2004 laufenden weltweit 16 Operationen entfallen sieben auf Afrika. Für diese Einsätze sieht das Jahresbudget (Juli 2004 bis Juni 2005) ein Volumen von

1 Zu den folgenden Ausführungen siehe Klingebiel 2005: 18 f.

3,87 Mrd. US \$ vor; der Anteil für Maßnahmen in Afrika ist dabei mit 2,89 Mrd. US \$ – d.h. 74,5 % – hoch. Der weltweit größte Einsatz mit 14.500 Soldaten findet in Liberia statt.

- Die erste außereuropäische Militäroperation der Europäische Union (EU) fand – wenn auch zeitlich eng befristet (von Juni bis September 2003) – in Afrika statt (Operation Artémis). Dabei ging es in der Bürgerkriegsregion Bunia in der DR Kongo um einen Einsatz im Zusammenhang mit den Übergriffen verfeindeter Milizen auf die lokale Bevölkerung. Auf Bitten der United Nations (UN) wurde die „Mission de l’Organisation des Nations Unies en RD Congo“ (MONUC) durch eine multinationale Eingreiftruppe unter Führung der EU eingesetzt, um die Sicherheitslage zu stabilisieren und die humanitäre Situation der Bevölkerung zu verbessern.
- Derzeit werden Kapazitäten zum raschen militärischen Eingreifen von verschiedenen Akteuren aufgebaut. Zu nennen sind vor allem die Schnelle Einsatztruppe der „North Atlantic Treaty Organisation“ (NATO) („NATO Response Force“ – NRF), die seit Oktober 2004 ihre vorläufige Einsatzfähigkeit erreicht hat, sowie das „battle group“-Konzept der EU. Insbesondere das „battle group“-Konzept ist von großer Relevanz, da mögliche Einsätze in erster Linie für den afrikanischen Kontinent vorgesehen sind.
- Deutschland plant zunehmend, die Bundeswehr auf dem afrikanischen Kontinent einzusetzen. (i) Die Bundeswehr wurde im Rahmen der EU-Operation Artémis im Sommer 2003 aktiv. (ii) Die Bundesregierung hat darüber hinaus im November 2004 beschlossen, Lufttransportkapazitäten zur Verfügung zu stellen, um im Rahmen von AMIS („AU Mission in Sudan“) Soldaten in das Einsatzgebiet zu bringen. In diesem Rahmen sollen bis zu 200 Bundeswehr-Soldaten eingesetzt werden.
- Militärhilfen und Militärtrainingsprogramme für afrikanische Partner erhalten insbesondere durch die USA und andere G8-Mitglieder (Frankreich, Großbritannien u.a.) verstärkt Aufmerksamkeit. Im Rahmen des G8-Gipfels 2004 verkündeten die USA eine erhebliche Steigerung der Mittel in diesem Bereich (660 Mio. US \$ für fünf Jahre), die insbesondere für Afrika vorgesehen sind.

Politikfeldübergreifende und entwicklungspolitische Ansätze zur Unterstützung afrikanischer Fähigkeiten für Friedenseinsätze

Ein wichtiges Kennzeichen für die Unterstützung der afrikanischen Kapazitäten im Bereich Frieden und Sicherheit sind gemeinsame politikfeldübergreifende Ansätze externer Akteure sowie die entwicklungspolitischen Beiträge auf diesem Gebiet. Beide Tendenzen sind vergleichsweise neu und innovativ.

Es handelt sich dabei teilweise um grundsätzliche Anpassungen, die über Afrika hinausgehen. Wichtige Beispiele hierfür sind:²

- Die UN streben verstärkt umfassende Friedensmissionen in Afrika an. Integrierte Missionen mit zivilen und militärischen Elementen wurden von den UN erstmals in Sierra Leone, seitdem auch in anderen Ländern (Angola, Burundi, Côte d'Ivoire und Liberia) eingesetzt. Dabei geht es vor allem um die gezielte gegenseitige Unterstützung von entwicklungspolitischen Ansätzen (Wiederaufbaumebühungen, Transformation der „Revolutionary United Front“ in eine politische Partei etc.) und dem abgestimmten Vorgehen der Friedenstruppen zur Stabilisierung („Secretary-General“ 2004: 8 f.).
- Die G8 hat seit dem Gipfel 2002 in Kananaskis/Kanada einen Aktionsplan verabschiedet (G8-Afrika-Aktionsplan), der die Unterstützung afrikanischer Kapazitäten zur Verhütung und Bewältigung bewaffneter Konflikte als einen zentralen Schwerpunkt in der Partnerschaft mit Afrika vorsieht.
- Großes Gewicht hat die von der EU eingerichtete „Peace Facility for Africa“, die basierend auf einem Vorschlag von EU-Kommissar Poul Nielson von der AU beantragt wurde und seit Mai 2004 eingesetzt werden kann. Die Friedensfazilität ist mit 250 Mio. € ausgestattet, die aus dem 9. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) stammen. Sie dient dazu, „Peacekeeping“-Operationen in Afrika, die durch Afrikaner umgesetzt und personell ausgestattet sind, zu finanzieren. Auf Antrag der AU hat die EU zunächst im Juni 2004 12 Mio. € und dann im Oktober 2004 weitere 80 Mio. € für die AU-Mission in Darfur bereit gestellt.
- Die britische Regierung richtete im Jahr 2001 zwei ressortübergreifende Finanzierungspools – davon einer mit dem regionalen Fokus auf Afrika – ein, um gemeinsame konfliktbezogene Vorhaben verschiedener Ressorts fördern zu können. Beteiligt sind das „Foreign and Commonwealth Office“ (FCO), das „Department for International Development“ (DFID) und das „Ministry of Defense“ (MOD). Für den Afrika-Pool liegt die Federführung beim DFID.
- Die deutsche Unterstützung für das „Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre“ (KAIPTC) ist innovativ, da Beiträge von drei Ressorts einfließen. Förderung durch die Bundesregierung (v.a. durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – BMZ) erhält darüber hinaus das „Peace Support Training Centre“ (PSTC) in Nairobi.

Das KAIPTC wurde 1998 in Accra als regionales Ausbildungszentrum eingerichtet, u.a. um Ghanas Erfahrung bei Friedensmissionen für andere afrikanische Länder nutzbar zu machen. Das Trainingsprogramm umfasst beispiels-

2 Zu den folgenden Ausführungen siehe Klingebiel 2005: 19 f.

weise Kurse zu militär-polizeilichen Aufgaben und zur Vorbereitung von Militärbeobachtern. Deutschland unterstützt im Rahmen seines G8-Plans für Afrika den Aufbau des KAIPTC mit verschiedenen Förderinstrumenten der für Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik zuständigen Ressorts.

Chancen und Risiken der afrikanischen Friedens- und Sicherheitsagenda

Es ist bemerkenswert, dass Afrika insgesamt und insbesondere Subsahara-Afrika für politisches Handeln in verschiedener Hinsicht relevanter geworden ist. Dieser (relative) Bedeutungszuwachs liegt im afrikanischen Interesse und zugleich im langfristigen Interesse Deutschlands, der EU und der gesamten internationalen Gemeinschaft. Dabei ist es sinnvoll, wenn Subsahara-Afrika nicht allein für die Entwicklungspolitik, sondern auch für andere Politiken zunehmend „Thema“ ist.

Das Interesse an Afrika hat zugleich aber auch einen instrumentellen Charakter, weil es vielfach nicht um Frieden und Sicherheit des Kontinents per se, sondern im Hinblick auf Gefährdungen Dritter (insbesondere der USA und Europas) und deren Interessen (Energieversorgung, Migration etc.) geht. Militärische Ansätze wie das „battle group“-Konzept sind vor diesem Hintergrund nicht als Reaktion auf originäre afrikanische Sicherheitsinteressen zu sehen, sondern Afrika ist in diesem Rahmen zum potentiellen Einsatzgebiet im Rahmen neuer Aufgaben für die militärische Sicherheitspolitik geworden. Das bereits in der Vergangenheit vorhandene Dilemma von militärischer Intervention und Nicht-Intervention von außen wird sich zukünftig verstärkt als Problem stellen. Welche militärische Intervention ist gerechtfertigt, welche Intervention sollte angesichts der Dringlichkeit einer humanitären Katastrophe und gleichzeitiger Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft stattfinden? Es dürfte kaum damit zu rechnen sein, dass bis zum geplanten Datum 2010 der Aufbau der „African Standby Forces“ abgeschlossen ist und diese Einsatzkräfte die zu erwartenden militärischen Fähigkeiten aufbringen können.

Die Bereitschaft von außen, sich in extremen Situationen (ohne die unmittelbare Berührung eigener Interessen) militärisch zu engagieren (v.a. mit einem Kampfeinsatz), dürfte auch zukünftig gering sein. Dies gilt insbesondere für nicht-klassische Kriegssituationen, bei denen zunehmend nichtstaatliche Gewaltakteure auftreten und etwa die gefürchtete Konfrontation mit Kindersoldaten in vielfacher Hinsicht ein Beispiel für die komplexe Problemlage darstellt.

Mit einigem Recht weisen Beobachter wie John Prendergast (2003: 5) daher auf Risiken des neuen Interesses an Afrika hin. Er sieht mit Blick auf

die Afrikapolitik von Präsident Bush Gefahren in der neuen strategischen Rolle des Kontinents: Periphere Zonen nehmen demnach in den strategischen Überlegungen eine Position ein, die mit der Situation des Kalten Krieges vergleichbar ist.

Maßnahmen, die dem Aufbau afrikanischer Kapazitäten zur Durchführung von Friedensmissionen dienen, können dabei mit der geringen Bereitschaft zur Entsendung von eigenen Friedensmissionen im Zusammenhang stehen.

Despite Washington's professed 'partnership' with Africa, the initial US capacity-peacekeeping programme to develop African peacekeeping capabilities was essentially a product of its policy of disengagement, and fairly limited. (Berman 2004: 133)

Angesichts der laufenden Debatten über die afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur sowie den direkten Verbindungen zu zentralen internationalen Diskussionen (etwa dem „UN Panel on Threats, Challenges and Change“) ist es sinnvoll, Standards für die Unterstützung durch externe Akteure zu identifizieren (u.a. Vorrang von Präventionsbemühungen, „Verantwortung zum Schutz“, „ownership“ bei den afrikanischen Partnern). Vor allem für die Entwicklungspolitik sind viele Fragen in diesem Zusammenhang neu und praktische Erfahrungen liegen kaum vor.

Die laufenden afrikanischen Bemühungen und Schritte zur Umsetzung einer neuen Friedens- und Sicherheitsarchitektur sind bislang insgesamt positiv zu bewerten. Unverkennbar ist allerdings, dass viele Kapazitäten noch nicht vorhanden sind (etwa bei der Transportinfrastruktur, wie beim Darfur-Einsatz zu erkennen ist). Einige Ziele dürften in der vorgesehenen Weise kaum realistisch sein (z.B. Etablierung aller fünf regionalen Eingreiftruppen). Eine zentrale Frage, die sich daher vermehrt dann stellen wird, wenn sich die AU als handlungswillig erweisen wird, muss künftig beantwortet werden: Wie soll die Finanzierung der afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, insbesondere der Friedensmissionen, sichergestellt werden? Es ist unzweifelhaft, dass selbst bei deutlich verstärkten Bemühungen der AU-Mitgliedsstaaten ein hoher Außenfinanzierungsanteil erforderlich bleiben wird. Dies hat u.a. die AU-Mission im Sudan gezeigt, wo der ganz überwiegende Teil durch die EU, die USA und andere Geber geleistet wurde (AU 2004: 7 f). Selbst die „Peace Facility for Africa“, die von der EU mit 250 Mio. € eingerichtet wurde, dürfte angesichts der Finanzierungserfordernisse allenfalls punktuell Lösungen bieten und wäre theoretisch nach etwa zwei Jahren allein für den begrenzten Einsatz in Burundi völlig ausgeschöpft. Die Frage stellt sich zum einen im Hinblick auf die Haushaltslogiken bei den Gebern (Ist die Finanzierung von militärischen Friedensmissionen wirklich eine Aufgabe für Entwicklungspolitik?) und die allgemeine Bereitschaft der internationalen

Gemeinschaft, diese Aufgaben von außen kontinuierlich zusätzlich zu finanzieren (Sind die Geber bereit, absolut mehr Mittel aufzubringen, um die AU-Einsätze zu finanzieren?).

Der „Ownership“-Ansatz der AU für Frieden und Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent ist grundsätzlich richtig, steht jedoch im Widerspruch zu den eigenen Umsetzungs- und Finanzierungsmöglichkeiten. Letztlich wird die AU nur dann handlungsfähig sein können, wenn die relevanten Geber die Politik der AU mittragen und vor allem finanzieren.

Die neue Friedens- und Sicherheitsarchitektur basiert entscheidend auf einem veränderten Verhalten der AU und ihrer Mitglieder. Allerdings werden destabilisierende Wirkungen, die von den AU-Mitgliedsstaaten und ihren Regierungen selbst ausgehen, weiterhin ein zentrales Risiko bleiben. Während sich beispielsweise Ruanda durch ein starkes Engagement in der Darfur-Krise positiv darzustellen vermochte, betreibt das Land gleichzeitig eine Aggressionspolitik in Bezug auf die DR Kongo, die von enormer Tragweite für die Gesamtregion ist.

Ein weiteres Risiko enthält ein einseitiger Aufbau militärischer Fähigkeiten innerhalb der einzelnen Länder ohne die gleichzeitige Qualifizierung und Fortentwicklung der „Governance“-Strukturen. Atwood / Brown / Lyman (2004: 28) weisen daher auf Gefahren in den afrikanischen Ländern selbst hin:

All too often, moreover, as in Nigeria, African governments deploy their militaries to contain civil unrest, when police capability is inadequate to the task. The result is often excessive use of force and serious human rights violations.

Die Konsequenz kann und sollte weder für die Entwicklungspolitik noch für andere Politikfelder sein, aufgrund tatsächlicher Risiken „nichts“ zu tun, sondern erstens nichtmilitärischen Aufgaben im Hinblick auf die afrikanische Friedens- und Sicherheitsagenda eine besonders hohe Priorität einzuräumen,³ zweitens den grundlegenden Rahmenbedingungen, insbesondere bei „Governance“-Voraussetzungen im weiteren Sinne, große Beachtung zu schenken, drittens sozio-ökonomischen Problemen weiterhin einen hohen Stellenwert zu geben.

„Sicherheit“ wird in bezug auf Afrika – zu Recht – eines der großen Themen bleiben. Es wäre allerdings eine allzu verkürzte und wenig weitsichtige Politik, sich allein auf militärische Sicherheit zu konzentrieren. Es besteht einerseits die Notwendigkeit, kurzfristige Reaktionsmöglichkeiten zu erweitern und Friedensmissionen einsetzen zu können. Insofern besteht auf diesem Gebiet ein wichtiger Nachholbedarf. Andererseits darf dies nicht den Blick

3 Im Hinblick auf das oben beschriebene Risiko stellen die Autoren fest: „G8 responses to these problems have been very limited.“, Atwood / Brown / Lyman 2004: 28.

verstellen, dass den langfristigen Anstrengungen ein erhebliches Gewicht beizumessen ist. Wenn die Einkommenshöhe, schwaches Wirtschaftswachstum und die Abhängigkeit von Primärgütern über die Konflikthanfälligkeit von Ländern Auskunft geben, wird der unmittelbare Zusammenhang zwischen langfristigen entwicklungspolitischen Zielsetzungen und Gewaltphänomenen sichtbar. Ähnliches gilt für notwendige Fortschritte im „Governance“-Bereich oder für die destabilisierende Wirkung von HIV/AIDS; auch hier bieten nur längerfristige Ansätze wirksame Möglichkeiten zur strukturellen Stabilisierung.

Entwicklungspolitik bleibt deshalb auf absehbare Zeit zentrales Gestaltungselement in der Politik mit Subsahara-Afrika. Die größten Herausforderungen für die Entwicklungspolitik bestehen darin, (i) weitere spezifische Ansatzpunkte zu identifizieren, um mit entwicklungspolitischen Mitteln eine wirksame afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur aufzubauen, (ii) gemeinsame Ansätze mit anderen Politikfeldern auf diesem Gebiet zu entwickeln und (iii) an der weiteren Verbesserung der Wirksamkeit von Entwicklungspolitik zu arbeiten.

Literatur

- Africa Policy Advisory Panel (2004): *Rising U.S. stakes in Africa, Seven Proposals to strengthen U.S.-Africa policy*, Washington, D.C.
- Atwood, J. Brian / Robert S. Browne / Princeton N. Lyman (2004): *Freedom, Prosperity, and Security. The G8 Partnership with Africa: Sea Island 2004 and Beyond*, A Council on Foreign Relations Special Report, New York.
- AU (2004): *Report of the Chairperson of the Commission on the situation in Darfur, The Sudan, PSC/PR/2(XVII)*, Addis Abeba.
- Bayart, Jean-Francois (2004): *Commentary: Towards a new start for Africa and Europe*. In: *African Affairs* 103 (412), 453–458.
- Berman, Eric G. (2004): *Recent developments in US peacekeeping policy and assistance to Africa*. In: *African Security Review*, 13 (2), 133–136.
- Bush, George W. (2002): *Die nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika*, o.O.
- Goldwyn, David L. / Robert E. Ebel (2004): *Crafting a U.S. Energy Policy for Africa*. In: *Africa Policy Advisory Panel 2004*, 6–22.
- Herbst, Jeffery / Greg Mills (2003): *The Future of Africa: A New Order in Sight?*, Adelphi Paper 361, Oxford.
- Keenan, Jeremy (2004): *Terror in the Sahara: the implications of US imperialism for North & West Africa*. In: *Review of African Political Economy* 31 (101), 475–496.

- Klingebiel, Stephan (2005): Wie viel Gewicht für militärische Fähigkeiten? Die neue Friedens- und Sicherheitsarchitektur Afrikas und die Rolle externer Akteure, *Discussion Paper 1/2005*, Bonn, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE).
- Prendergast, John (2003): Bush Administration policy on Africa, Reihe: Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.
- Rat der EU (Europäischen Union) (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel.
- Secretary-General (2004): Implementation of the recommendations contained in the report of the Secretary General on the causes of conflict and promotion of durable peace and sustainable development in Africa, Progress report of Secretary-General, (UN-Dok.: A/59/285), o.O.

Dr. Stephan Klingebiel leitet am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) (Bonn) die Abteilung „Subsahara-Afrika“. Er befasst sich derzeit mit Schnittstellen zwischen Sicherheits- und Entwicklungspolitik sowie mit Ansätzen zur Programmfinanzierung.